



Interviews

08. Juni 2024

Friedbert Meurer im Gespräch mit Anna Cavazzini, Grüne, MdEP, Vorsitzende des Ausschusses für Binnenmarkt und Verbraucherschutz.

Meurer: Sportschuhe, die nur 8 Euro kosten, Jeans für gerade mal 7 Euro. Wenn die Preise so sind, dann kann vielleicht alles in Ordnung sein, aber der Verdacht kann auch bestehen, dass hier Menschen ausgebeutet wurden in Fernost, damit es so billig ist, dass also minderjährige Kinder hier nähen und schuften mussten. Dafür gibt es seit Kurzem, um das zu verhindern, das Lieferkettengesetz, Lieferkettensorgfaltspflichtengesetz. Hersteller müssen selbst überprüfen, dass ihre Vorlieferanten faire Bedingungen einhalten. Es gibt sogar – und das macht die Sache in bisschen kompliziert – zwei Lieferkettengesetze, ein deutsches und eines der EU. Gestern hat Bundeswirtschaftsminister Robert Habeck vor Familienunternehmen vorgeschlagen, das deutsche Lieferkettengesetz für zwei Jahre auszusetzen, bis das europäische Gesetz überall umgesetzt wird, zu nationalem Recht geworden ist. Anna Cavazzini ist die Vorsitzende des Ausschusses für Binnenmarkt und Verbraucherschutz im Europaparlament. Sie ist eine Europaabgeordnete der Grünen. Schönen guten Morgen, Frau Cavazzini.

Cavazzini: Guten Morgen, Herr Meurer und Grüße aus Chemnitz.

Meurer: Da sie so lange für dieses Gesetz auf EU-Ebene gearbeitet und gestritten haben, ging es Ihnen gestern Mittag so, dass Sie dachten, ich höre nicht recht, was ich da höre?

Cavazzini: Ja, Sie erwähnen noch mal das europäische Gesetz und vielleicht ist es wirklich noch mal wichtig zu sagen, was für ein Erfolg das ist, dass wir jetzt endlich dieses europäische Gesetz haben. Es war ja ein kleiner Höllenritt. Aber vor wenigen Wochen haben dann endgültig das Europäische Parlament und auch der Rat das Gesetz bestätigt. Und ich glaube, das ist wirklich ein Meilenstein. Das müssen wir uns noch mal ins Gedächtnis rufen, dass wir jetzt endlich in ganz Europa Regeln haben, die eben Ausbeutung in unseren Lieferketten ein Stoppschild vorsetzen. Und, ja, trotz Widerstand der FDP haben wir das am Ende noch durchbekommen. Und das zeigt, glaube ich, auch noch mal, wie wichtig es ist, dass man die richtigen Mehrheiten im Europäischen Parlament hat. Und das zeigt auch noch mal, wie wichtig es ist, morgen auch wählen zu gehen.

Meurer: Sie sagen gerade, wie wichtig das Lieferkettengesetz ist und jetzt wird es für zwei Jahre ausgesetzt. Das deutsche wird ausgesetzt, bis das europäische gilt. Wie sehr schmerzt Sie das?

Cavazzini: Ich glaube nicht, dass das deutsche ausgesetzt ist. Sie haben ja gesagt, dass es sozusagen die brisante Lage gibt ...

Meurer: Aber es könnte doch so kommen.

Cavazzini: Genau. Wir haben die Lage, dass wir ein deutsches Gesetz haben. Wir haben auch ein französisches Gesetz. Und das hat auch dazu beigetragen, dass wir in Brüssel es durchsetzen konnten, jetzt eine europäische Regelung zu bekommen, dass wir eben nicht so viele nationale Gesetze haben. Es gibt allerdings sehr lange Umsetzungsfristen. Bis wir sozusagen bei der Unternehmensgröße angekommen sind, die aktuell für das deutsche Gesetz gilt, nämlich 1.000 Mitarbeitende, haben wir im europäischen Gesetz eine Umsetzungsfrist von fünf Jahren festgelegt. Und das ist natürlich sehr, sehr lange. Deswegen ist eine Pausierung natürlich überhaupt nicht sinnvoll. Ich habe ganz, ganz viele Unternehmen, mit denen ich gesprochen habe, die natürlich jetzt schon das deutsche Gesetz umsetzen, die diese Prüfungsmechanismen, die das Gesetz verlangt, auch schon eingeführt haben und die auch sehr zufrieden damit sind. Und ich habe eigentlich Robert Habeck gestern so verstanden, dass er Teile des Gesetzes noch mal sich anschauen will und sicherstellen will, dass sozusagen diese Übergangsphase vom deutschen ins europäische Gesetz so einfach und bürokratiearm wie möglich passiert. Und er hat da schon seit langem, auch schon vor sechs Monaten, die Berichtspflichten ins Spiel gebracht, also die Berichtspflicht auszusetzen.

Meurer: Aber das ist ja mehr als ein Prüfen, Frau Cavazzini. Sie sagen gerade, pausieren halten Sie nicht für sinnvoll. Und genau das geschieht jetzt möglicherweise, jedenfalls will Habeck das.

Cavazzini: Wie gesagt, ich habe ihn so verstanden, dass er Teile pausieren will. Und daraus lese ich die Berichtspflichten. Das hat er schon länger ins Spiel gebracht. Und man kann irgendwie sagen, na ja, die Berichtspflichten, das ist für manche Unternehmen noch mal eine zusätzliche Belastung. Ich glaube, es bringt eigentlich den Unternehmen auch viel, das noch mal aufzuschreiben. Es hat auch damit zu tun, dass das BAFA, was ja die Umsetzung prüft, dann noch mal viel genauer schauen kann, welche Unternehmen eigentlich schon wie viel gemacht haben und die guten Unternehmen dann quasi nicht mehr prüft. Also die Berichtspflichten bringen den Unternehmen auch was. Aber ich finde, man kann darüber diskutieren, diese eine Weile aussetzen. Aber ich glaube, was niemand will, ist den Kern des Gesetzes, nämlich die Prüfung der Sorgfaltspflichten, also, dass die Unternehmen schauen müssen, wo gibt es wirklich Risiken in ihren Lieferketten, wo muss man reingehen, um schwere Menschenrechtverletzungen wirklich entgegenzutreten, das will niemand aussetzen, jedenfalls nicht wir Grüne.

Meurer: Frau Cavazzini, Sie haben selbst immer gesagt, gegen all die Argumente aus der Wirtschaft, das ist kein Bürokratiemonster. Das können wir lösen. Wir haben endlos mit euch geredet. Wir gehen auf alles ein. Und jetzt auf einmal stellen Sie fest, das war doch nicht so. Es ist eine doch zu große Zumutung für die Wirtschaft, oder?

Cavazzini: Was ich sehe im deutschen Gesetz, ist, dass es so ein paar Umsetzungsschwierigkeiten oder so Anfangswehen gibt. Und das ist vor allen Dingen das folgende Problem, dass sehr, sehr viele große Unternehmen die Pflichten einfach weiterreichen an die Kleinen. Und das ist aber überhaupt nicht im deutschen Gesetz, was ja die Große Koalition vorgebracht hat, vorgesehen. Also, im Gesetz ist vorgesehen, dass die Großen die Prüfung machen, dass die Großen diese Sorgfaltspflichten in ihre Managementstrukturen einbauen und

Deutschlandfunk

Ein Programm von Deutschlandradio

Raderberggürtel 40

50968 Köln

Fragen und Anmerkungen an: hoererservice@deutschlandradio.de

nicht die Klein- und Mittelständler. Und wir sehen aktuell, dass ganz viele Große es einfach weiterreichen, Tausende von Fragebögen an die Kleinen schicken, für die Verträge unterschreiben lassen. Und das ist nicht im Gesetz vorgesehen. Und das nervt viele kleinere Unternehmen. Und da verstehe ich sie auch. Und ich glaube, da muss man ran. Und da muss man schauen, dass man bei der Umsetzung vom europäischen ins deutsche, wenn man dann die Anpassung macht, dass man dem einen Riegel vorsetzt. Denn in der Tat ist es nicht gedacht, dass die Kleinen sozusagen diese ganzen Prüfungen machen, sondern alleine die Großen. Und ich glaube, hier haben wir ...

Meurer: Wie wollen Sie die Großen davon abhalten, einfach einen Passus in den Liefervertrag zu schreiben, garantiere mir bitte, dass die Ware menschenrechtsgemäß hergestellt wurde?

Cavazzini: Es ist im deutschen Gesetz und auch im europäischen Gesetz vorgesehen, dass wenn ein großes Unternehmen diese Pflichten weiterreicht, dass sie dann dafür die Ressourcen aufbringen müssen, also, dass das nicht bei den Kleinen hängt. Wir haben im europäischen Gesetz auch noch mal viel stärker und deutlicher gemacht, dass es nicht eine Erfüllung der Pflicht ist, dass man einfach das an das Kleine weiterreicht. Insofern ist das europäische da, finde ich, auch noch mal deutlicher. Und das ist, glaube ich, das, was gerade so viel Widerstand in Deutschland bei den Unternehmen hervorruft, also eigentlich gar nicht das Gesetz an sich. Und ich glaube, viele Große, die das gerade umsetzen, haben damit auch überhaupt keine Probleme. Ich glaube, was Frust hervorruft, ist, dass die Kleinen die Pflichten übernehmen müssen. Und dem können wir wirklich einen Riegel vorschieben. Ich empfehle da auch den kleinen Unternehmen, sich einfach bei der zuständigen Behörde, beim BAFA, zu beschweren, denn das ist so im Gesetz nicht vorgesehen.

Meurer: Wenn Sie jetzt das Gesetz pausieren oder Teile davon pausieren, wie groß ist die Gefahr, dass in zwei Jahren, wenn das EU-Gesetz gilt, das Spiel sich wiederholt und dann gesagt wird, das kriegen wir noch nicht geregelt und dann verschiebt sich die Einführung des Gesetzes Jahr um Jahr?

Cavazzini: Also wie gesagt, ich halte überhaupt nichts davon und das wird auch nicht kommen, dass wir die Kernpflichten des Gesetzes pausieren. Wie gesagt, die Unternehmen haben das auch schon alles eingeführt. Das wäre ja auch für die Unternehmen, finde ich, ein riesiges Hin und Her, jetzt auf einmal diese Pflichten wieder auszusetzen. Man muss ...

Meurer: Es war ein Wunsch der Familienunternehmer gestern. Das war ja eine Reaktion von Robert Habeck gezielt auf Familienunternehmer, also ein bisschen kleinere, mittlere Unternehmen.

Cavazzini: Ja, ich kenne auch ganz, ganz viele andere Unternehmen, die das anders sehen. Ich glaube auch, dass die Unternehmerlandschaft in Deutschland sehr divers ist, und dass es unglaublich viele Unternehmen gibt, die auch stehen zu den Verpflichtungen des Lieferkettengesetzes und da schon extrem viel gemacht haben, um das auch umzusetzen. Und vielleicht noch mal ein Satz zur Übergangsphase. Es ist eben auch nicht so, dass das europäische Gesetz, wenn es denn kommt, komplett anders ist als das deutsche. Also der Kern,

Deutschlandfunk

Ein Programm von Deutschlandradio

Raderberggürtel 40

50968 Köln

Fragen und Anmerkungen an: hoererservice@deutschlandradio.de

nämlich, dass die Unternehmen einfach diese Sorgfaltsprüfung machen, die ist ja im europäischen Gesetz gleich. Und deswegen ist es auch eben nicht superkompliziert, dann die deutsche Regel in das europäische Gesetz zu überführen. Es kommen einfach noch ein paar Umweltprüfungen dazu. Es kommt die Haftung dazu. Aber im Prinzip der Kern, nämlich, dass die Unternehmen Sorgfaltsprüfungen machen, die ist im deutschen und im europäischen Gesetz gleich.

Meurer: Jetzt sagt Robert Habeck das zwei Tage vor der Europawahl. Ist das eine Last-Minute-Reaktion darauf, dass Sie und Ihre Partei merken, Frau Cavazzini, mit dem Lieferkettengesetz kann man vielleicht sogar Stimmen verlieren?

Cavazzini: Glaube ich nicht. Also ich bin jetzt auch sehr viel als Kandidatin und als Abgeordnete unterwegs. Als Vorsitzende des Binnenmarktausschusses treffe ich unglaublich viele Unternehmen, aber auch andere natürlich auf tausend anderen Veranstaltungen. Und ich glaube, die Menschen finden das wirklich richtig, dass man sagt, wir wollen nicht mehr, dass Ausbeutung in unseren Lieferketten passiert, dass die Unternehmen Geschäftsmodelle darauf aufbauen, dass sie Lohndumping betreiben oder keine Sicherheitsvorkehrungen in diesen Fabriken haben. Also niemand findet das ja gut. Und die Menschen wollen gerne Schokolade und T-Shirts kaufen, die nicht auf Kinderarbeit basieren. Also ich habe das Gefühl, das ist eigentlich eher ein Wahlkampfschlager. Und ich glaube, das sehen auch alle in meiner Partei so.

Meurer: Anna Cavazzini, die Vorsitzende des Ausschusses für Binnenmarkt und Verbraucherschutz im Europaparlament zur Aussage gestern von Robert Habeck, das Lieferkettengesetz für zwei Jahre auszusetzen. Sie sagt, Teile sollen pausieren. Wir werden sehen, wie es weitergeht. Frau Cavazzini, danke schön für das Interview, Ihnen ein schönes Wochenende, tschüss.

Cavazzini: Ihnen auch, tschüss.

Äußerungen unserer Gesprächspartner geben deren eigene Auffassungen wieder. Deutschlandfunk macht sich Äußerungen seiner Gesprächspartner in Interviews und Diskussionen nicht zu eigen.